

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Lilia Usik (CDU)

vom 29. September 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Oktober 2023)

zum Thema:

Verzögerungen der Bauarbeiten auf der Treskowallee (10318 Berlin)

und **Antwort** vom 18. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Okt. 2023)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Frau Abgeordnete Lilia Usik (CDU)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16881
vom 29.09.2023
über Verzögerungen der Bauarbeiten auf der Treskowallee (10318 Berlin)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Bezirksamt Lichtenberg von Berlin um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt wurde.

Frage 1:

Die Bauarbeiten auf der Westseite der Treskowallee ab Rheinsteinstraße in Richtung Norden sollten bereits Ende August 2023 fertiggestellt sein (s. Drucksache 19 / 15 794 - Schriftliche Anfrage). Was ist der neue Zeitplan für die Beendigung der Bauarbeiten auf der westlichen Treskowallee Richtung Friedrichsfelde?

Antwort zu 1:

Die aktuelle temporäre verkehrsrechtliche Anordnung für den derzeit laufenden Leitungs- und Straßenbau nördlich des S-Bahnhofs Karlshorst befindet sich derzeit in der Bearbeitung für eine mögliche Verlängerung.

Ergänzend hierzu hat das Bezirksamt Lichtenberg folgende Antwort übermittelt:

„Die Bauarbeiten in der westlichen Richtungsfahrbahn der Treskowallee sollten planmäßig Ende September 2023 enden. Die Bauarbeiten werden sich voraussichtlich und in Abhängigkeit von der Witterung bis in das Frühjahr 2024 verzögern. Der Einbau des lärmoptimierten Asphalts erfordert besonders günstige Witterungs- und Einbaubedingungen.“

Frage 2:

Wer oder was ist für die Verzögerungen verantwortlich? Wurde mit den zuständigen Stellen Kontakt aufgenommen, um den Sachverhalt zu klären?

Antwort zu 2:

Nach Aussagen des Bezirksamts Lichtenberg werden, wie im Vorfeld der Maßnahme kommuniziert, zeitgleich mit der Fahrbahnsanierung durch die Berliner Wasserbetriebe umfangreiche Erneuerungsarbeiten am Kanal- und Trinkwassernetz (ca. 580 m Trinkwasserleitung (TWL), 640 m Kanalneubau in neuer Trasse, 560 m Neubau Regenkanal) durchgeführt. Dieses verursacht eine längere Bauzeit. Demgegenüber werden aber nachträgliche Aufgrabungen und Sperrungen über einen deutlich längeren Zeitraum vermieden.

Trotz der angeordneten Vollsperrung müssen die Bauarbeiten mit einer durchgängigen Gewährleistung des Anliegerverkehrs im Arbeitsbereich durchgeführt werden. Dieses führt insgesamt dazu, dass insbesondere für die Arbeiten am Kanalnetz die Bewegungs-, Lager- und Arbeitsflächen sehr eingeschränkt sind.

Während der Bauausführung wurden die Anlagen der Berliner Wasserbetriebe im Bestand nicht in der Lage vorgefunden wie durch Planung angenommen. Dadurch kam es im Erdbau zu Mehrmengen und Zeitverlust durch die größere Tiefenlage der zu erneuernden TWL. Eine Kommunikation findet im Rahmen von regelmäßigen Baubesprechungen zwischen den BWB, dem SGA und den beauftragten Bauunternehmen statt.

Frage 3:

Welche Möglichkeiten sieht die Senatsverwaltung, die Baumaßnahmen zu beschleunigen?

Antwort zu 3:

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sieht im Rahmen ihrer Zuständigkeit keine Möglichkeiten zur Beschleunigung der Baumaßnahme.

Frage 4:

Welche Kosten entstehen durch die erneuten Verzögerungen und wenn ja, wer trägt diese?

Antwort zu 4:

Das Bezirksamt Lichtenberg hat hierzu folgende Antwort übermittelt:

„Durch die Verzögerungen ist zu erwarten, dass Mehrkosten entstehen, die jedoch noch nicht benannt werden können. Hierzu wird es dann eine entsprechende Abstimmung zur Kostentragung zwischen dem Bezirk und den Berliner Wasserbetrieben geben.“

Berlin, den 18.10.2023

In Vertretung

Dr. Claudia Elif Stutz

Senatsverwaltung für

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt